

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1926**

31 (20.1.1926) Morgenausgabe



Bezugspreis frei und Haus halbmont. 1.50 M. im Verlag oder in den Buchhandlungen abgeholt 1.40 M. Durch die Post monatlich 2.00 M. zuzügl. 75 P. Zustellgeb. Einzelpreise: Vierteljahr 5.00 M., halbes Jahr 9.00 M., ein Jahr 16.00 M. — Am Fall höherer Steuern bei veränderten oder nicht erzielten der Zeitung Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den Monatsletzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 11spaltige Kopfzeile 0.32, ausw. 0.40 Goldm. Stellen-Gesuche Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. Restame-Gezelle 1.50, an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tarifierter Rabatt, bei Nichterhaltung des Preises, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konturen außer Kraft tritt. Erstausgabeort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung  
Verbreiteste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Mittwoch, den 20. Januar 1926.

Eigentum und Verlag von: Gerhart Eberlein; Chefredakteur: Dr. Walter Schneider; Verantwortlich: für badische Politik: M. Solinger; für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Krüger; für auswärtige Politik: H. Kammig; für Lokales und Sport: W. Reibner; für Kommunalpolitik: K. Binder; für das Fremdenland: Emil Reiner; für Ober- und Sonstige: G. Reine; für Sonderbeilagen: F. Reib; für die Anzeigen: H. Reibner; alle in Karlsruhe; Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meier; Fernsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054; Geschäftsstelle: Bittel- und Lammstraße 6a, Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359; Beilagen: Welt und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Brauereizentrum / Wandern und Reisen / Haus und Garten / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Das zweite Kabinett Luther.

### Hindenburgs Eingreifen.

**Die Koalition der Mitte.** — Die Demokraten lenken ein m. Berlin, 19. Januar. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Dienstag hat nun endlich die Entscheidung gebracht. Das zweite Kabinett Luther ist zu Stande gekommen, allerdings war noch eine ganze Reihe von Hindernissen zu überwinden. Zunächst schien es sogar, als ob der Vorschlag der Demokraten den Kanzler verlassen würde, seinen Auftrag dem Reichspräsidenten zurückzugeben. Herr von Hindenburg scheint ihm aber noch am Montagabend, nach dem Bekanntwerden des demokratischen Beschlusses, einen Wink gegeben zu haben, noch einmal einen Versuch zu unternehmen, ob es nicht doch noch möglich sei, die Demokraten heranzuziehen. Infolgedessen wurden die Verhandlungen in den Vormittagsstunden des Dienstag wieder aufgenommen. Sie ergaben zunächst aber lediglich die offizielle Mitteilung des demokratischen Beschlusses, an die sich dann Einzelkonferenzen des Kanzlers mit den verschiedenen Fraktionsvertretern angeschlossen, denen wiederum eine gemeinschaftliche Besprechung folgte. In dieser Aussprache einigte man sich dahin, den Demokraten das Innenministerium, das Ministerium der Finanzen und das Reichswirtschaftsministerium anzubieten. Die Demokraten selbst waren an dieser Besprechung nicht beteiligt. Herr Dr. Luther machte den Vorschlag, das Innenministerium durch Herrn Dr. Reinhoft, dem sächsischen Finanzminister, zu befehlen. Das war der Verhandlungen während der Mittagszeit, von dem aber allgemein angenommen wurde, daß er den Weg zu einer Lösung nicht öffnen würde. Aus den Reihen der Demokraten wurde gleichzeitig bekanntgegeben, daß sie sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären könnten, daß sie sich wie vor an Herrn Koch als Innenminister festhalten müßten. Anscheinend ist auch von den Mittelparteien angezogen worden, Herrn Koch des Finanzministerium zu geben, wodurch aber sofort neue Schwierigkeiten mit der Bayerischen Volkspartei entstanden, sodaß gerade wegen dieser Beziehung eine längere Aussprache zwischen Herrn Dr. Luther und dem Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, dem Bambergener Domkapitular Leicht, erforderlich war. Am Nachmittag drängte dann alles zur endgültigen Klärung. In den ersten Abendstunden erschien Herr Dr. Luther noch einmal beim Reichspräsidenten, um diesen kurz über die Gesamtsituation zu unterrichten.

Im Anschluß daran wurden die Unterhändler durch Herrn von Hindenburg empfangen, der nun selbst in die Verhandlungen durch die Vereinfachung einer längeren Vorkonferenz eingriff, in der er die Parteien unter Hinweis auf die Not des Vaterlandes und die sich für sie daraus ergebenden vaterländischen Pflichten ermahnte, ihre Sonderinteressen zurückzustellen und dem schließlichen Zustandekommen einer Regierung nichts mehr in den Weg zu legen. Der Eindruck, den diese Vorkonferenz auf die Besprechungen hervorgerufen hat, war unverkennbar. Das zeigte sich in der gleich darauf erfolgten kurzen Besprechung zwischen dem Kanzler und den Fraktionsvertretern, in der Dr. Luther eine Ministerliste vorlegte, die von allen, mit Ausnahme der Demokraten, einstimmig genehmigt wurde. Die Liste setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Reichskanzler: Dr. Luther;
- Außenminister: Dr. Stresemann (D.B.P.);
- Innenminister: Abgeordneter Dr. Kitz (Dem.);
- Justizminister und Minister für die besetzten Gebiete: Dr. Marg (Zentrum);
- Wirtschaftsminister: Dr. Curtius (D.B.P.);
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Gehler (Dem.);
- Reichsfinanzminister: Koch (D.B.P.);
- Postminister: Singl (Bayerische Volkspartei);

Ergänzung: Ein Zentrumsmann, dessen Person noch der Gesamtsituation einer Aussprache zwischen dem Kanzler und der Zentrumsfaktion sein wird. In dieser Liste ist Herr Koch nicht enthalten. Infolgedessen erbaten sich die Demokraten eine mehrstündige Besprechung.

m. Berlin, 19. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In später Abendstunden kamen die Demokraten, nachdem sie sich stundenlang mit der Frage beschäftigt hatten, ob sie die

neue Regierung annehmen oder ablehnen sollten, zu einem bestimmten Beschlusse, der allerdings nur durch die Stimme des Reichspräsidenten möglich wurde, da zehn Abgeordnete gegen die von Dr. Luther vorgeschlagene Ministerliste und zehn andere für diese Liste sich ausgesprochen. Der Reichspräsident stellte sich auf die Seite der Zustimmung. Damit ist also auch die Beteiligung der Demokraten erreicht und eine Regierung tatsächlich gebildet. Die Regierungserklärung selbst wird aber am Mittwoch noch nicht vor sich gehen können, da erst morgen vormittag Herr Dr. Luther beim Reichspräsidenten erscheinen und ihn von der Stellungnahme der einzelnen Fraktionen unterrichten wird. Es wird dann im Anschluß daran seine Ernennung erfolgen.

### Die Vorkonferenz des Reichspräsidenten.

m. Berlin, 19. Jan. (Drahtbericht.) Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittags 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Schölk, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marg, für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Leicht, für die Demokraten die Abg. Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erlesner.

Der Reichspräsident gab den Erscheinenden folgende Erklärung ab: „Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zu Stande kommen muß. Nachdem durch das Ausschließen der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abg. Koch die andere Möglichkeit einer Regierungsbildung, nämlich die sogenannte Große Koalition sich ebenfalls nicht als derwirklichen lassen, blieb als zwar weniger ausgiebig, aber immerhin doch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen.“

Ich habe Sie deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortwährend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näher zu kommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was noch einem völligen Scheitern der Versuche der letzten Woche eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlussfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen.

Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann. bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verantwortungsmäßigen Verantwortung will, ihm noch heute Abend eine endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrieblige Schauspiel der unausgesehenen Regierungskrisis beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.

Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abgeordneten Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung. Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den Vorschlag des Herrn Reichskanzlers zur endgültigen Beschlussfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen.

## Die neue Regierung in Oesterreich.

Von unserem Wiener Vertreter.

A. Nössner.

Eine innenpolitische Notwendigkeit war für die feierlichen Akte der Demission der Regierung Kamek nicht vorhanden. Eine Vertrauensfrage ist nicht eingetreten, eine Veränderung in dem Mehrheitsverhältnis ist nicht eingetreten. Wohl aber war eine innerministerielle Überlegenheit vorhanden, die bereinigt werden mußte. Mataja war über den sozialdemokratischen Fallstrich der Ausbedung seiner Beziehungen zur Wiederemann-Bank gestolpert und dadurch selbst für seine Partei unmöglich geworden. Wohl ihm zuliebe empfand Kamek das Bedürfnis der Demission des Gesamtkabinetts, die äußerlich mit dem Abschluß der Wählerbündnis-Kontrolle begründet wurde, — nur notwendig, denn die Kontrolle wird ja nur eingeschränkt und dauert weiter, bis die Wählerbündnis-Kontrolle zurückgezogen sein werden. Mataja zuliebe ist auch der Posten des Außenministers im neuen Kabinett nicht besetzt worden, sondern der Bundeskanzler will nunmehr sein eigener Minister des Aeußeren sein. Schwierigkeiten entstanden erst bei den internen Beratungen der Christlichsozialen Partei über die Aufgaben der neuen Regierung, — und wie sie gelöst wurden, ist typisch klein-österreichisch. Zunächst hat der Landwirtschaftsminister Buchinger gebeten, daß ihm seine Würde abgenommen werde. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn konnten nicht vorwärts, weil die magyarischen Unterhändler für die angebotenen weitgehenden Zugeständnisse in der Herabsetzung von Zöllen auf Industrieprodukte Entgegenkommen bei der Einfuhr ungarischen Weines nach Oesterreich verlangten. Der Landwirtschaftsminister ist in seinem Hauptberuf Weinwirt und mit den niederösterreichischen Weinbauern vielfach verflochten. Also geht er, um sein Gewissen zu entlasten und um den Industriellen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die feierlichen christlichsozialen Mandatäre haben sich gebückt, daß, wenn schon ein Regierungswechsel wegen Mataja stattfinden soll und dieser mit der Beendigung der Genfer Sanierungsaktion begründet wird, die neue Regierung sich von der alten wesentlich unterscheiden und das Genfer staatsfinanzielle Sanierungsprogramm durch ein österreichisches Wirtschaftsprogramm, durch die Einführung einer Reihe von Maßnahmen ergänzt werden muß, welche auf die stark zunehmende Wirtschaftskrise mitberuhend einzuwirken vermögen. Die Steirer, in deren Lande die Hauptvorkommen von Eisen und Kohle und die Hauptindustrien Oesterreichs beheimatet sind, haben sich hingeseigt und unter Götters, des früheren Finanzministers und Universitätsprofessors, Führung ein solches Programm entworfen. In der Öffentlichkeit ist das umfangreiche Programm nur durch eine Neujahrrede des Finanzministers Ahrer, der Steirer ist, in Umrissen bekanntgeworden. Der Parteivorstand hat das Programm als zu einseitig auf die Bedürfnisse der Steiermark zugeschnitten befunden, und hat es abgelehnt, es als Regierungsprogramm zu übernehmen. Daraufhin erklärte Finanzminister Ahrer, daß auch er zurücktrete.

So wurde aus einer Formsache, die Demission und Neuwahl hätte sein sollen, eine Krise. Geipel ist Zentralist. Mit Kamek hat aber Geipel und den Einheitsstaat Oesterreich der Parlamentarismus der acht (mit Wien neun) Bundesländer besiegt. Es wurde gewissermaßen ein Ministerium, das womöglich aus jedem Bundesland ein Minister stamme. Wegen der niederösterreichischen Weinbauern wollte kein niederösterreichischer Landwirtschaftsminister werden; der Abtretende war niederösterreichischer. Also bot Kamek das Landwirtschaftsministerium dem Steirer an, nachdem durch den Rücktritt des feierlichen Finanzministers das feierliche Ministermandat freigeworden war, und der Finanzministerposten sollte wiederum mit einem niederösterreichischen besetzt werden. Aber die Steirer haben sich verweigert in den Schmolzwinkel und lehnten ab. So wurde ein Tiroler, eine echte Andreas-Hofer-Figur, Landwirtschaftsminister. Für den Finanzministerposten ließ sich entweder unter den niederösterreichischen keine den bisherigen geistig hochstehenden Finanzministern der Republik gleichwertige Kapazität aufweisen, oder, was wohl richtiger ist, es wollte keiner zugreifen, um sich nicht eine künftige bessere politische Karriere zu verschütten. So wurde der kleine runderliche Leinen- und Baumwollwarenhandler Kollmann, den die Gemeinderatsmehrheit des 20000 Einwohner zählenden Schweißbad- und Kurortes Baden bei Wien vor ein paar Jahren zum Bürgermeister erwählt hat und der im Parlament Stellvertreter des Fraktionsführers des Budgetausschusses gewesen ist, wirklich, wie einst Cincinnatus die Wahl zum Konsul am Flügel erzielte, vom Ladenbesitzer her, hinter dem er mit seiner biederen Frau Kundschäften bediente, ins Finanzministerium geholt. Diese Berufung ist die bedauerlichste. Auf den Posten eines Finanzministers gehört auch in Oesterreich schon wegen der nicht zu umgehenden Verhandlungen mit Genf ein finanz- und wirtschaftspolitischer Sachmann, der Kollmann nicht ist.

Die Wahl der neuen Regierung im Parlament ging dann auch nicht ohne Unedelmheiten ab. Götters verließ mit ein paar von den Steirern vor der Abgabe der Stimmzettel den Saal, und mit ihnen verschwanden auch die fünf Mitglieder des Groß- und mit ihnen regional verhafteten Landtraktanten etwas mehr zentralisieren will; und jene zeigten mit ihrem Abmarsch Kamek ihren Unwillen über seine Abneigung, auf Graz-Köflacher Wünsche einzugehen. Hinterher haben sie ihm in ihrem Parteiblatt, dem Grazer Volksblatt, beschimpft, daß sie sein Ministerium nur etwas rasch vorübergehendes halten. Das ist leider der allgemeine Eindruck auf allen Seiten. Kamek ist mit seinen Kollegen vor das Parlament mit einem „Aktions“-Programm getreten. Auch dieses kommt über Selbstverständliches in den Fragen der Förderung der Industrie und Landwirtschaft nicht hinaus, was schon seit sieben Jahren, solange die Republik besteht, in allen Tonarten gepredigt, aber nicht erfüllt worden ist, weil die innenpolitischen Nachverhältnisse in Oesterreich die Bildung einer Volksgemeinschaft und eines einheitlichen Willens nicht zulassen. Damit sinkt die Hoffnung, daß sich die Bevölkerung, die solche herrliche Politik erträgt, jemals aus eigener Kraft mithelfen vermöge, auf den Nullpunkt.

Nach außen ist von einiger Bedeutung, daß eine Revision des Zolltarifes und die Anbahnung von Zusatzverträgen zum Deutschen und zum schwedischen Handelsvertrag geplant werde, um die Schwierigkeiten der Industrie auch auf diese Weise zu mildern zu versuchen. Die Großdeutschen haben überdies zur Bebung ihres Verbleibens in der Regierung gemacht, daß nach der bösen Extradition Matajas in die Regierungserklärung ein Satz darüber eingeflochten werde, wonach sich die österreichische Bevölkerung als Teil des Gesamtbestandes fühle. „Eine definitive Lösung unseres wirtschaftlichen Problems ist nur im Rahmen des europäischen Problems möglich.“ Das europäische Problem ist nicht nur die selbstmörderische Handelspolitik der europäischen Staaten seit 1918, sondern vor allem die unmögliche Friedensvertragspolitik gegen die Besiegten, unter der für uns das Anschlußverbot das Unerrätlichste ist. Im Schlußsatz seiner Rede betont deshalb der Bundeskanzler, daß es zur wichtigsten Aufgabe jeder österreichischen Regierung gehöre, den Gang der europäischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und „in ihr für Oesterreich den Platz zu gewinnen, der

## Die ungarische Fälscheraffäre.

Stürmische Kämpfe im Parlament.

\* Budapest, 19. Jan. (Funkdruck.) Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition über die glatte Durchführung der Frankensfälscherdebatte im Parlament sind infolge Widerstandes der Sozialdemokraten gescheitert. Infolgedessen erwartet man in der heute beginnenden Sitzung des Parlamentes stürmische Debatten. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, die Regierung bestreite vom Reichsverweser alle Vollmachten, um ihren Willen durchzusetzen, und in der Frankensfälscherdebatte die Wahrheit reiflos aufklären zu können.

Der Wählerbündnisdelegierte Emmery erklärte bei seiner Abreise aus Budapest, die Arbeit der Budapester Polizei habe hervorragende Resultate erzielt.

L. Budapest, 19. Jan. (Draht.) Als heute mittag Ministerpräsident Graf Bethlen zu der Frage der Frankensfälschung im Parlament das Wort ergreifen wollte, brach die Linke in ohrenbetäubenden Lärm aus und rief dem Ministerpräsidenten zu: „Abdanken! Abdanken! Wollen Sie vielleicht die Frankensfälscher verteidigen? Abdanken! Abdanken!“ Das dauerte volle zehn Minuten. Jedesmal, wenn sich der Lärm einigermaßen gelegt hatte, begann Ministerpräsident Bethlen zu sprechen, doch wurde er immer wieder von der Opposition durch erneuten Lärm daran gehindert. Schließlich unterbrach der Präsident die Sitzung.

## Schweiz und Rußland.

v. D. London, 19. Jan. (Drahtmeldung unserer Berichterstatters.)

Aus Moskau wird gemeldet, daß der schweizerische Gesandte in Berlin die Mitteilung erhalten hat, mit dem Sowjetboischafter zusammenzutreffen, um die russisch-schweizerischen Meinungsverschiedenheiten zu regeln, die bei der Ermordung des Gesandten Worowsky entstanden sind, damit auf diese Weise die Teilnahme Rußlands an den Vorbereitungen in der Abrüstungsfrage ermöglicht werde. Es bestätigt sich, daß die Sowjetregierung den Zwischenfall als abgeschlossen betrachten würde, wenn die Schweiz offiziell ihrem Bedauern über die Ermordung Worowskys Ausdruck geben würde.

### Mussolinis Optimismus.

Zersplitterung der Aventin-Opposition.

\* Mailand, 19. Jan. (Funkdruck.) Die Forderungen Mussolinis, die er am Sonntag für die Rückkehr der Aventin-Opposition in die Kammer stellte, haben zu einer weiteren Zersplitterung geführt. Mussolini hält, wie aus Äußerungen gegenüber Abgeordneten hervorgeht, bereits die gesamte Opposition für vollkommen erledigt. Die Mehrzahl der Abgeordneten der Katholischen Volkspartei erklärte, daß sie nicht mehr an den parlamentarischen Arbeiten teilnehmen werde. Einzelne Abgeordnete der anderen Oppositionsparteien, sowie vier Volksparteiler, wollen dagegen die von Mussolini geforderte Erklärung abgeben, um ins Parlament zurückkehren zu können.



unserem Volk in dem ihm von der Natur selbst vorgezeichneten größeren Wirtschaftsgebiet seine Zukunft sichert. Der Obmann der Großdeutschen Volkspartei teilt hierzu mit, es sei bei den Verhandlungen zwischen den beiden Parteien als eine Selbstverständlichkeit festgestellt worden, daß nicht nur die unverrückbare Freundschaft mit dem Deutschen Reich, nicht nur die Vermeidung aller politischen Bindungen, welche Österreich in irgendwelche Beziehungen gegen das Deutsche Reich bringen könnten, die Grundlage unserer auswärtigen Politik sein wird, sondern es werden jene Maßnahmen eingeleitet sein, welche die innigste wirtschaftliche Annäherung des Deutschen Reiches und Österreichs zum Ziele haben, eine Wirtschaftspolitik auf weite Sicht, die natürlich nur im Einklang mit den außenpolitischen Aktionen der deutschen Reichspolitik geführt werden kann.

Die französische Regierung, durch Mataja irreführt, erhofft freilich anderes. Der Pariser „Temps“ bedauert natürlich den Rück-

tritt Matajas. Sache des Bundeskanzlers, der nun auch das Vorzeuße des Neuen übernehme, werde es sein, das Ausland darüber zu beruhigen, daß Österreich seinen internationalen Verpflichtungen treu bleibe. Das Blatt spricht die Überzeugung aus, daß die österreichischen Staatsmänner morgen wie heute nicht in dem Fehler verfallen, eine Bewegung zu Gunsten des Anschlusses einzuleiten, die, wie allgemein bekannt sei, nur in eine Sackgasse führen oder eine schwere europäische Krise hervorrufen würde, die für Österreich die Gefahr eines völligen Unterganges mit sich bringen müßte. Der „Temps“ und seine Hintermänner können beruhigt sein. Eine „Bewegung zu Gunsten des Anschlusses“ wird die neue Regierung nicht einleiten, denn Österreich hat von seiner Gründung am 12. November 1918 an nicht aufgehört, in solcher Bewegung zu sein, die eines Aufstoßes von Regierungseite her gar nicht bedarf. Gegen Naturnotwendiges wird auch die französische Politik nicht dauernd so erfolgreich wie bisher kämpfen können.

haben könne. Painlevé machte hierüber eingehende Mitteilungen. Vor allem sagte er, daß ein Projekt wegen der Neuorganisation der Armee in dieser Woche vorgelegt werden soll und daß ein Geheiß über die Kadres in kurzer Zeit nachfolgen würde.

Obwohl nach der in Paris ausgegebenen Mitteilung der Eintrug bestehen muß, daß die deutschen Forderungen wegen Verminderung der Besatzungstruppen abgelehnt werden würden, scheint doch noch nicht alle Hoffnung aufgegeben werden zu müssen. Die halbamtliche Radioagentur veröffentlicht heute Abend eine offizielle Mitteilung, in der es heißt, das Foreign Office beschäftigt sich gegenwärtig mit der Note, die am letzten Sonntag vom deutschen Botschafter in London übergeben worden ist. Diese bezieht sich auf die Truppenstärke der Alliierten in den Rheinländern. Die englische Regierung kann natürlich der deutschen Regierung in dieser Frage keine Antwort erteilen, ehe sie sich nicht mit der französischen und belgischen Regierung hierin besprochen hat. Aber in Kreisen, die dem Foreign Office nahe stehen, besteht eine gewisse Neigung, den französischen Standpunkt zu teilen, wonach namentlich die Gesamtzahl der französischen, englischen und belgischen Truppen, die gegenwärtig die Rheinlande besetzt halten, die Zahl von 45 000 nicht überschreiten soll.

Eine Reichstagsinterpellation der Deutschen Volkspartei.

11. Berlin, 19. Jan. (Drohth.) Im Reichstag ist eine Interpellation der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der gefragt wird, ob die Nachricht, daß die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungstruppen auf etwa 75 000 Mann festgelegt werden soll, zutrifft, und ob die Regierung gewillt ist, die Herabsetzung der Besatzungstruppen auf die vom Botschafterrat zugesicherte Höhe von 45—50 000 Mann zu sichern. Es wird weiter gefragt, ob die Regierung gewillt ist, vor dem Eintritt in den Völkerbund die Frage der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den berechtigten Ansprüchen des Rheinlandes und des gesamten deutschen Volkes wie auch den Abmachungen von Locarno entspricht.

Der Schluß des Grans-Prozesses.

11. Hannover, 19. Januar. (Drohth.) In der Begründung des Urteils im Grans-Prozesse — Grans wurde, wie wir in dem größten Teile unserer gestrigen Abendausgabe noch mitteilen konnten, wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von zwölf Jahren und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt; außerdem werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt, dazu wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. D. R. — wird u. a. ausgeführt, daß das Gericht davon überzeugt ist, daß Grans von den Mordtaten Haarmanns gewußt habe. Im Falle Hannappel komme Beihilfe in Frage, im Falle Wittig habe das Gericht nicht, wie früher auf Anführung, sondern auch auf Beihilfe erkannt. Der Angeklagte nahm das Urteil und seine Begründung, ohne eine Miene zu zeigen, entgegen.

Eine Kiefernexplosion in Amerika.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Everett (Massachusetts), 19. Jan. Hier explodierte ein Gasbehälter mit 240 000 Gallonen Inhalt und beschädigte drei weitere Tanks schwer. Eine Person wurde verletzt. Der Sachschaden wird auf 75 000 Dollar geschätzt. Man hat die Feuerwehren von acht benachbarten Städten zu Hilfeleistung herbeigeholt.

11. Koblenz, 19. Jan. (Drohth.) In Pfaffenborn erlitt ein Boot beim Absteigen ein schweres Unglück. Ein mit zwei Personen besetztes Boot stieß in voller Fahrt in die Aufschauermauer hinein, wobei vier Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Tages-Anzeiger.

(Wärendes heute im Inlandteil.)

Mittwoch, 20. Januar.

- Badische Post: Badenzeitung, 7½—11 Uhr.
Koblenz: Badische Postzeitung, 8 Uhr.
Bad. Volksstimme — Konstantin: Kleinzeitschrift der Mensch, der Güte, des Fortschritts, 4 und 8 Uhr.
Koblenz-Kleinzeitschrift: Evangelische Kleinzeitschrift; Mittel-Precht macht alle.
Union-Theater: Die vom Nebel.
Central-Theater: Die tolle Stunde; Die Hugenotten.
Kaffeehaus: Großes Sonderspiel, 8½ Uhr.
Wiener Hoftheater: Gesellschaftsabend mit Kabarettvorstellung, 8 Uhr.
Karlsruher Landtheater: Bühneneröffnung mit Tee und Vortrag, 8½ Uhr im Erdgeschoss.
Bad. Jagdclub: Vortrag, Kaffee, 8½ Uhr.

Die Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland.

Die Heße des „Temps“.

Die Wut des „Temps“ über den „Daily Telegraph“.

11. Paris, 19. Jan. (Drohth.) (Nachricht aus unserm Berichterstatter.) Wenn nicht im letzten Augenblick eine Wendung eintritt, wird der deutsche Botschafter von Hoesch heute in den späten Abendstunden von Briand empfangen, um mit ihm die Frage der Stärke der Besatzungstruppen in den Rheinländern zu erörtern. Wenn es nach dem „Temps“ ginge, würde Briand in dieser Angelegenheit eine durchaus ablehnende Antwort erteilen. Das Blatt versucht, den allerdings verunglückten Beweis zu erbringen, daß es sich bei der ganzen Sache nur um eine künstlich genährte Aufregung in Deutschland handle. Man wolle die Aufmerksamkeit von der verworrenen innerpolitischen Situation in Berlin ablenken und außenpolitische Schwierigkeiten hervorrufen. Bei solchen Angelegenheiten verjöhnten sich die Deutschen mit den republikanischen Staatsleuten. Der „Temps“ ist auch über den „Daily Telegraph“ wütend, daß er sich dazu herbeigebe, Deutschland bei seiner Forderung nach Herabminderung der Besatzungstruppen zu unterstützen. Glücklicherweise aber seien die Anschuldigungen des „Daily Telegraph“ nicht jene der Alliierten. Der „Temps“ behauptet, daß der Artikel 429 des Versailler Vertrages es den Alliierten nicht verbiete, in die besetzt gebliebene Zone mehr Truppen zu legen, als bisher dort gewesen seien. Die Alliierten hätten in dieser Hinsicht alle Rechte um die Durchführung des Friedensvertrages zu sichern. (Allerdings man muß dabei fragen, wogu denn der Paß von Locarno notwendig war. D. R.) Der „Temps“ meint weiter, daß die Herabminderung der Truppenzahl von 105 000 Mann, die sich in den drei Zonen befinden, auf 75 000 Mann in zwei Zonen ein genügend großes Zugewinn wäre. Die zweite und die dritte Zone müßten bisher besetzt sein, damit die Alliierten gegen neue Angriffe und Verletzungen Deutschlands geschützt wären. Der Paß von Locarno habe damit gar nichts zu tun. Außerdem sollten Luther und Stresemann nicht vergessen, daß ihnen in dieser Hinsicht in Locarno gar nichts versprochen worden sei, weder mündlich, noch schriftlich. Der deutsche Botschafter in Brüssel von Kellner unterrichtet sich, wie bereits gestern Abend mitgeteilt, über die Angelegenheit mit dem Außenminister Vandervelde. Hierüber erzählt der Brüsseler „Temps“-Korrespondent, daß Vandervelde sich auf den Standpunkt stelle, die Angelegenheit gehöre in den Bereich der Botschafterkonferenz. Belgien habe übrigens in Lausanne nur eine verstärkte Infanterie-Division, zu der sich noch eine Kavallerie-Gruppe und ein Artillerie-Regiment gesellen.

Zu dieser ganzen Angelegenheit müssen zwei Bemerkungen gemacht werden. Zur Zeit der Locarno-Konferenz warnten wir eindringlich davor, sich auf mündliche Versprechungen, die vielleicht gegeben worden seien, zu verlassen. Damals wurde uns gegenüber von unrichtiger französischer Seite bestritten, daß überhaupt irgendwelche Versprechungen gegeben worden seien. Jedemfalls war also ein gewisses Mißtrauen am Platze. Andererseits muß bemerkt werden, daß wir uns Mitte Dezember, als uns die ersten Gerüchte zugekommen waren, daß die Zahl der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Rheinlandzone erhöht werden sollten, an die deutsche Botschaft in Paris mit der Anfrage wandten, ob sie von der Sache Kenntnis habe. Es wurde ausdrücklich versichert, daß die Besatzungstruppen in der besetzten Zone nicht erhöht werden könnten. Damals herrschte in der deutschen Botschaft ausgesprochener Optimismus, der in den letzten Tagen allerdings verschwunden zu sein scheint.

Hoesch und Briand.

11. Paris, 19. Jan. (Drohth.) (Nachricht aus unserm Berichterstatter.) Um 17 Uhr abends wurde der deutsche Botschafter Herr von Hoesch von Briand empfangen. Die Besprechung dauerte zwanzig Minuten. Dann gab die deutsche Botschaft folgende offizielle Mitteilung heraus:

Nachdem der deutsche Botschafter bereits vor einigen Tagen in Verbindung des französischen Ministerpräsidenten Herrn Briand in der Frage der Stärke der französischen Besatzungstruppen in dem noch besetzten rheinischen Gebiet bei dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums Herrn Bertelot vorstellig geworden war, hat er heute in gleicher Angelegenheit eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herrn Briand gehabt.

Dieser Mitteilung, die man wahrlich nicht als ausschweifend bezeichnen kann, ließe sich folgende Ergänzung hinzufügen. Briand selbst wollte keinerlei Erklärungen abgeben. Ende der vorigen Woche überreichte der deutsche Botschafter gelegentlich seiner Besprechung mit Bertelot eine Note, in der der deutsche Standpunkt in der Frage der Stärke der Besatzungstruppen ausführlich geschildert wird. Auf der Pressekonferenz des Quai d'Orsay äußert man sich zu der Angelegenheit ausführlich und behauptet, daß nach Abschluß des Vertrages von Locarno die Zahl der Besatzungstruppen um 15 000 Mann vermindert worden wäre. (Bisher glaubte man, daß 30 000 Mann abgezogen seien. D. R.) Deutschland habe keinen Grund, sich über die Verteilung der in den Rheinländern verbleibenden Truppen zu beklagen. Man behauptet bei der Pressekonferenz ferner, daß diese Frage nur aus Rücksicht auf die innenpolitische Situation erhoben wurde. Briand habe in Locarno gar keine Versprechungen gemacht und es sei vollkommen ausgeschlossen, daß man nur so viele Truppen in den Rheinlanden belasse, wie Deutschland dies wünsche. Uebrigens habe die französische Regierung in dieser Angelegenheit nicht zu entscheiden. Dies sei Sache der Botschafterkonferenz. Ausdrücklich wurde ferner hinzugefügt, daß es sehr wahrscheinlich sei, daß Briand dem deutschen Botschafter gesagt habe, es sei unmöglich, die Truppenzahl weiterhin zu vermindern. Unser Korrespondent stellte ausdrücklich die Frage, ob diese Mitteilung veröffentlicht werden könnte, was bejaht wurde.

Die Armee-Kommission der Kammer schloß sich über die Möglichkeiten, daß die Besatzungstruppen vermindert würden, zu beunruhigen und hat den Kriegsminister Painlevé, vor ihr zu erscheinen, um über die militärischen Folgen des Falles von Locarno Aufklärungen zu geben. Painlevé machte ausführliche Mitteilungen über die bereits getroffenen Maßnahmen wegen der Räumung der Kölner Zone und über die Stärke der Truppen, die in der zweiten und dritten Rheinlandzone verbleiben sollen.

Das offizielle Komunique erklärt, daß die Armee-Kommission an diesen Mitteilungen lebhaftes Interesse genommen habe. Ein Abgeordneter des nationalen Blocks fragte dann den Kriegsminister, welches die Folgen des Falles von Locarno für die militärischen Beziehungen zwischen Frankreich, Belgien, England und Italien seien. Hierüber machte Painlevé eingehende Mitteilungen. Die Kommission kam zu dem Schluß, daß die Sicherheitsmaßnahmen, die von Frankreich ergriffen worden seien, durchaus genügend seien. Der Vorsitzende der Kommission, Oberst Girod erklärte, daß Locarno eine Hoffnung sei. Man müsse den Kriegsminister fragen, welchen Einfluß diese Hoffnung auf die künftigen französischen Militärgesetze

jungen Mozart umgab, war zu Vorhings Zeiten noch wenig verändert.

Nichtsdestoweniger sehen wir in ihnen zwei grundverschiedene Abglieder des bekannten „Wiener Musikanten“-Typs. Denn es hatte sich zwar die Musikalität der österreichischen Residenz nicht geändert, wohl aber der Stil: vom Kololo zum Biedermeier.

Das heißt: ich will — um Gottes willen nicht — behaupten, Mozarts Kunst sei eine Ausgeburt des Kololo. Aber sein ewiges Aufsteigen hatte den guten Instinkt, sich halbwegs seiner Zeit anzupassen. Seiner Musik fehlt jede Konzeption an Schönheit, an frischer Schönheit, die dem Zeitstil eigen sind; seine Kunst ist in Form und Gehalt einseitig, abgerundet und großartig gebaut, wie von den im wahren Sinne großen Menschen und Künstlern aller Zeiten und Stätten.

(Es ist schwer, seine Eigenschaften ohne Superlative und andererseits ohne Blasphemie sachlich wiederzugeben. Ich gestehe darum, daß vorigem Abschnitt ganz die Klasse fehlt, in die ich so wie jeder Musikfreund beim Hören seiner Schöpfungen verlegt werde.)

Mozarts Humor ist nicht locus, nicht gaudium, er hat nichts Spassiges, nichts, was an das Lachen eines Volksfestes erinnert (was wir bei Vorhings finden). — nein, es ist in seiner Musik nichts als Serenitas, als Heiterkeit, Lächeln, oft mit Tränen in den Augen, aber immer so weidwiegend wie wellabgewandt.

Dort, wo Mozarts Musik von zarter aber bestimmter Färbung ist, greift Vorhings in das volle Menschenleben, in die Heiterkeit einer Massenbelustigung. Wäre er hundert Jahre später geboren, er wäre der größte Jazz-Band-Häuptling seiner Zeit, — etwa wie heute Irving Berlin (mit einiger Reserve).

Er ist ganz von der Heiterkeit seines Zeitgeistes durchdrungen, und die weißt ihn auf die künstlerische Operette. Seine komischen Opern sind nicht viel anderes als Operetten auf dem höchsten, allerhöchsten Niveau.

Der Begriff der Operette ist heute durch Nichtskönnen zu etwas sehr Klagen umgeben. Es bleibt der jungen jazzbesessenen Generation vorbehalten, eine Zeitoperette zu schreiben, die durch Jahrhunderte lebensfähig ist, wie „Zar und Zimmermann“, wie der „Waldschütz“.

Vorhings ist ... mit wenigen Worten gesagt — der beste Komponist der „alten guten Zeit“.

Mozart ist trotz seines Zeitstils ein Ewiger. Vorhings ist durch seinen Zeitstil ein Ewiger.

Ich bekomme nachträglich einen Schreden, wie ich, nur durch das kaltenmächtige Zusammenreffen verleiht, einen Vergleich zwischen drei grundverschiedenen Temperamenten ziehen konnte.

Es bleibe dem Leser vorbehalten, alle drei Meister in gehöriger Distanz voneinander durch Hören oder Spielen ihrer Meisterwerke aus dem Studium zu beschreiben.

Aber, wie gesagt, mit gehöriger Distanz. Was äußerlich allein durch die proteste Entzogenheit ihrer Leidenbegünstigte bedingt wird: hinter Verdis Garg ging in Trauer

ein ganzes Volk, während Mozart sowohl wie Vorhings durch Jutun ihrer Freunde ein kümmerliches Begräbnis in der Armeerde zuteil wurde ...

Der Heidelberger Intendantenposten. Um den Posten des Heidelberger Stadttheaterleiters haben sich bisher über 100 Personen beworben. Unter den Respektanten befinden sich Theaterleiter, Spielleiter und Schauspieler, sowie eine Dame. Die Entscheidung über die Person, die in Zukunft geführt werden soll, ist noch nicht getroffen.

Karlsruher Konzerte. Einen sehr gut besuchten Regiationsabend gab Melante Ermarth im Saale des Künstlerhauses. Sie hat hierfür das einst berühmte Klarinettenmelodram „Enoch Arden“ von Tenison mit der begleitenden Musik von Richard Strauß gewährt. Es will uns heute kaum mehr glaubhaft erscheinen, daß es gerade dieses Werk war, das den Namen des jungen Komponisten berühmt machte. Mit seinem Chef Ernst von Paszart, dem glänzenden Vortragemeister, spielte er in allen großen Städten vor bald dreißig Jahren damit Triumph. Aber schon damals erhoben sich Stimmen gegen den faden, heinen Text. Das Melodram über seinen zwei wichtigsten Wert hinauszuheben, gelang auch R. Strauß nicht: Sprechweise und Musik gelangen zu keinen organischen Bindungen, doch interessen die Unterhaltungen, weil sie oft die Stimmung in Töne fassen und klingern lassen, zumal wenn ein so fein empfindender Pianist wie der geschätzte Georg Manteuffel musiziert. Wir möchten diesem Werke gegenüber nicht völlig das Urteil unterzeichnen, das der sonst so begeisterte Strauß-Biograph Richard Spedti fällt, indem er diesem Melodram gegenüber von „Johanna“, wäherlichen und geistreichem Stück spricht. Melante Ermarth, beliebtes, langjähriges Mitglied unseres Landesopertheaters, hatte sich warm und innig eingehüllt, sprach mit sympathischem, modulationsfähigem Organ, und verhalf diesem Melodram zu starker Wirkung. Die Künstlerin wurde durch Blumen und überaus reich und herzlich besetzt. — Ueber den Niederabend von Emmerich H. Weill, Bassist der Frankfurter Oper, können wir uns kürzer fassen. Der Sänger ist durch sein Auftreten im Konzertsaal in guter Erinnerung. Er besitzt zwar keinen jener tiefen, schwachen Bässe; seine Stimme geht angenehmer in die höhere Höhe des Baritons und hat keine Klangfülle, die eine treffliche Schulung gut geschult hat. Wir hören eine große Reihe Lieder von Franz Schubert. Sie entsprechen nicht seiner künstlerischen Weltansicht. Sein eigentliches Gebiet scheint zunächst nur die Bühne zu sein. Dr. Willi Salomon war ein sicherer gewandter Begleiter.

Badisches Landes-Theater. Für die Erkaufführung der Neuen-Führung von „Figaros Hochzeit“ am 21. Januar, die unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner und unter hiesiger Leitung von Otto Krauß stattfand, sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Susanna: Elise Blank, Gräfin: Marie Franz, Bartolina: Emmy Selberich, Marzellina: Magda Strauß, Cherubino: Goma Joebisch, Antonio: Fritz Hande, Bartolo: Christian Lander, Figaro: Franz Schuster, Bassilio: Hans Siegfried, Graf Almaviva: Rudolf Wegmann.

Unsere heute beiliegende Wochenschrift

Literarische Umschau enthält folgende Beiträge: Ludwig Marcuse, E. T. A. Hoffmann; Felix Braun, Adalbert Stifter; Carl David Marcus, Björnsons Auferstehung; Bücher und Zeitschriften.

Drei musikalische Gedenktage.

Von Hansjörg Hammort.

In den letzten Tagen des Januar begegnen sich drei Gedenktage an drei Musiker, die man zu den größten aus dem Reich der Klänge zählen darf:

Am 21. Januar werden es 75 Jahre, daß Albert Vorhings noch in jungen Alter, doch schon von schwersten Existenzsorgen zermüht, das Leben lieh.

Und am den 27. Januar fallen zwei Gedenktage: vor 25 Jahren starb der größte und volkstümlichste Opernkomponist Italiens und nicht nur Italiens, Giuseppe Verdi, als Greis von fast 80 Jahren. — Und gleichzeitig erleben wir den 170. Geburtstag des größten Sonnenkinbes der Militärliteratur: Wolfgang Amandeus Mozart erkobte am 27. Januar 1756 in Salzburg das Licht der Welt. Dies der Tatbestand, über den einiges zu sagen ist.

Ein seltsames Zusammentreffen. Die drei haben kaum etwas gemeinam. Allenfalls könnte man das Epitheton, das ich vorhin bei Mozart gewählt habe, für alle drei anwenden: „Sonnenkinb“.

Obwohl es verschiedene Sonnen waren, die ihnen strahlten: für Verdi die südlische italienische Sonne, die sich in seinen Werken überall Bahn bricht. Mit der Intensität des Empfindens, das südlischen Vätern eigen ist, und das wir obenhin als Trivialität bezeichnen, wählte er selbst großen tragischen Werken Plastik und schimmernde Reuekraft zu geben. Dies trifft sogar für sein einziges uns erhaltenes Kirchenwerk, sein Requiem, zu. Und daß wir zuweilen diese Reuekraft, diese Inbrunn, die uns aus jedem Takt dieses Prachtwerkes entgegenstrahlt, als zu theatralisch anfasseln, liegt an uns. Er ist immer und jemals zutiefst Italiener. Und wir — jedensfalls mancher von uns Deutschen — tun unrecht, von seiner Volkstümlichkeit auf nicht hohes Niveau seiner Kunst schließen zu wollen. Er ist ein Sonnenkinb.

Was Mozart und Vorhings anbetrifft, so wuchsen sie künstlerisch nicht der Wiener Sonne heran. Die Atmosphäre, die einst den



Die Hochwasserchäden in Baden.

Im Gegensatz zu den Ländern am Niederrhein, wo das Hochwasser katastrophalen Charakter annahm, erreichte das Hochwasser vom Dezember 1925 in Baden am Rhein und an seinen rechtsseitigen Nebenflüssen sowie an der Donau nur einen Stand, wie er häufig einzutreten pflegt.

Daß am Niederrhein so außerordentlich hohe Wasserstände sich einstellten, hat seine Hauptursache in den meteorologischen Verhältnissen wie in ausgiebigem Schneeeinbruch des Mittelgebirges bei hart gefrorenem Boden und gleichzeitigem Einsetzen von ausgedehnten und anhaltenden Niederschlägen im Rheingebiet, so daß die Nebenflüsse des Mittel- und Niederrheins zu gleicher Zeit anschwellen und den Rheinwasserstand stark beeinflussen.

In Baden blieben die Hochwasserstände des Rheines und der wichtigsten Nebenflüsse im Dezember 1925 zum Teil wesentlich hinter denen früherer Hochwasser zurück. Der Wasserstand des Rheines im Dezember 1925 ist um 0,69 Meter bis 2,15 Meter, der der wichtigsten Nebenflüsse um 0,68 Meter bis 2,14 Meter unter den entsprechenden Wasserständen der Hochwasser 1918 und 1919 bzw. 1920 geblieben.

Verkehrshindernisse von kurzer Dauer kamen an einzelnen Landstraßen infolge von Ueberflutung oder Anbruch vor; auf dem Rhein von Lauterburg abwärts, Neckar und Main war die Schifffahrt während mehrerer Tage unterbrochen. Am Main waren in der Stadt Wertheim wieder die tiefliegenden Stadtteile der Ueberflutung ausgesetzt. Von bemerkenswerten Unglücksfällen ist nur der Abbruch eines Kraftwagens von der Straße Heibelberg-Regelshausen in den Neckar zu unserer Kenntnis gelangt, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Dem Wasserstande und Verlaufe des Hochwassers in Baden entsprechend sind auch die verursachten Beschädigungen, soweit diese bei dem noch hohen Wasserstande einzelner Flüsse festgestellt werden konnten, nicht besonders hoch. Nach den bis jetzt von den Dienststellen der Wasser- und Straßenbauverwaltung vorliegenden Meldungen sind durch das Hochwasser an Flußbauwerken u. a. Kosten in Höhe von 184 000 RM erwachsen. Die Schäden, die durch Ueberflutung von gutem Boden auf den Aedern und durch Anbruch des durch den hohen Rheinwasserstand gestauten Grundwassers über das Gelände und Anflutung von Oberflächenwasser verursacht sind oder noch verursacht werden können, sind heute noch nicht abzuschätzen. Die bis jetzt bekannt gewordenen Schäden durch das Hochwasser im Dezember 1925 bleiben in normalen Grenzen. Daß sie keinen wesentlichen größeren Umfang angenommen haben, ist unter anderem dem guten Ausbau der Flüsse (Rheinforrektion und größere Binnenflüsse), der Freihaltung der Flußläufe von Abfallhinterlassen wie z. B. Brückenpfeilern und nicht zuletzt der ständigen Unterhaltung und Ueberwachung der Flußläufe und der Sicherungseinrichtungen zuzuschreiben.

Das Ende des Personalabbaues in Baden

Dem Badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen über die Einstellung des Personalabbaues und die Verringerung der Personalabbaubewertung. Der Artikel 1 des Entwurfes bestimmt, daß der allgemeine Personalabbau in sämtlichen Verwaltungen eingestellt wird. Am 1. August 1925 schließt sich der Entwurf an das Reichsgesetz vom 4. August 1925 an und übernimmt die Verbesserungen, die dieses Reichsgesetz zu Gunsten der Reichsbeamten vorschreibt, auch für Baden. Die hauptsächlichsten Verbesserungen sind außer der oben erwähnten Aufhebung der Abbaubestimmungen Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Ruhegehaltsempfängers, der sich erst nach seiner Zurücksetzung verheiratet hat, Bewilligung einer Witwenbeihilfe an schuldlos geschiedene Ehefrauen verstorbenen Beamter oder Ruhegehaltsempfänger, Gewährung einer Witwenbeihilfe an Wiederverheiratete, wiewenigeberechtigte Witwen nach dem Tode des zweiten Ehemannes.

Landeseisenbahnrat.

Das badische Staatsministerium hat zum Landeseisenbahnrat Karlsruhe als Mitglieder folgende Herren ernannt: Generalkonjunkt Willy Wenzinger, Dr. Walter Hartmann, Mannheim, Kaufmann Heinrich Graf II., Mannheim, Oberbürgermeister G. v. der Horstheim, Direktor E. Rant-Mannheim, Direktor Rudolf Thomann-Karlsruhe, Generaldirektor G. Jäger-Mannheim, als Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. Gugelmeier-Pforzheim, Kaufmann Karl Schindler-Windshuf, Kaufmann Emil Braun-Freiburg, Oberbürgermeister Fieser-Baden, Baden, Direktor W. Adelt-Karlsruhe, Direktor Albert Obermaier-Freiburg, Generaldirektor Heinrich Bäder-Mannheim.

Zum Landeseisenbahnrat Frankfurt a. M. wurden ernannt: als Mitglied Reichrat und Landwirt Gottfried Hemberger in Oberriedental (N. Baden); als Stellvertreter Gutsbesitzer August Bachs in Willersloh (Rothensfeld).

Grundlegende Fahrplanänderungen auf der Schwarzwaldbahn.

Die schon berichtet, sollen die bisher nur in den Hauptreisezeiten laufenden sehr wichtigen beschleunigten Personenzüge über die bad. Schwarzwaldbahn vom kommenden Jahresfahrplan ab 15. Mai als ganzjährige Kurse vorgesehen werden. Der ganzjährigen Fahrplan stand bisher u. a. im Wege, daß zwei gewöhnliche Personenzüge in beiden Richtungen ziemlich parallel liefen, die natürlich unter der Abwanderung auf die beschleunigten Personenzüge zu leiden hatten. Die Verwaltung wird nun für den kommenden Dienst die vollkommene Trennung dieser Züge durchführen und damit in dem bisher ziemlich konservativen Lauf der Personenzüge der Schwarzwaldbahn eine grundlegende Aenderung vornehmen. Die beschleunigten Personenzüge bleiben im alten bewährten Fahrplan als durchlaufende Züge Frankfurt-Mannheim-Triberg-Konstanz und umgekehrt. Die beiden Personenzüge werden von Offenburg nach Konstanz später, von Konstanz nach Offenburg früher gelegt. In Offenburg wird der wichtige Anschluß von D 76 Hamburg und Bremen-Basel und auf D 75 Basel-Hamburg und Bremen ausgenommen. Die Verlegung bedeutet auch für den engeren Verkehr einen großen Vorteil, weil die Zugspausen verringert werden.

Keine Zunahme der Selbstmorde in Baden

Nach einer kürzlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Statistik hat in den letzten Jahren die Zahl der Selbstmorde im Deutschen Reich gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen. Für Baden trifft glücklicherweise diese Tatsache nicht zu, im Gegenteil ist bei uns eine Abnahme gegenüber den letzten Friedensjahren zu beobachten. Während im Jahr 1914 in unserem Land insgesamt 491 Selbstmorde zu verzeichnen waren, legten im Jahr 1924 insgesamt 436 Personen Hand an sich selbst. Auch im abgelaufenen Jahr 1925 scheint diese rückläufige Bewegung angehalten zu haben. Allerdings liegen bis jetzt erst für das erste Halbjahr 1925 beim Statistischen Landesamt Aufzeichnungen vor. Danach hat die Zahl der Selbstmorde 217 betragen; legt man die gleiche Zahl für das zweite Halbjahr zu Grunde, so ergäbe sich für das Jahr 1925 im ganzen 434. Es ist erfreulich festzustellen, daß unser Land Baden auf diesem Gebiet der Moralstatistik eine vom Reich abweichende Stellung einnimmt.

Zum Anschlag in Flehingen.

Erfreulicher Weise kann festgestellt werden daß sich der Zustand des Direktors der staatlichen Füllergießungsanstalt in Flehingen, Professor Dr. A. Gregor, in der Nacht zum Dienstag so gebessert hat, daß keine Lebensgefahr mehr besteht.

Wie bereits mitgeteilt, ist der Täter, der am Samstag Abend in Flehingen Dr. Gregor ohne jeden Anlaß zwei schwere Messerstücke veretzt hat, in der Person des 24 Jahre alten Friedrich M. a. d. v. Mannheim auf dem Karlsruhe Hauptbahnhof verhaftet worden. Er war früher Zwangsjünger und zwar war er in der Flehinger Anstalt von 1918 bis Anfang 1921 untergebracht, kannte Professor Dr. Gregor aber bis zu der Tat überhaupt nicht, da dieser zur Zeit des Aufenthalts des M. a. d. v. in Flehingen noch nicht an der Anstalt tätig war. M. a. d. v. hat die Tat befallentlich eingestanden, will allerdings nicht in Tötungsabsicht gehandelt haben. Als Motiv gibt er den Ärger darüber an, daß Dr. Gregor, als er ihn am Samstag

Abend 7 Uhr auf der Ortstraße in Flehingen wegen eines Zeugnisses über seine Verwendung in der Anstaltsgärtnerei ansprach, zunächst mit seinem Bestreben über Zeit und Ort seines Vorbringens nicht zurückgehalten habe, räumt aber ein, daß Dr. Gregor ihm ein Zeugnis in Aussicht gestellt, ihm auch Essen und Nachtquartier in der Anstalt sowie ein Reisegepäck zur Weiterreise in Aussicht gestellt habe. Ob die zunächst wenig glaubhaft klingenden Angaben über das Motiv und den Zweck der Tat zutreffend sind, wird die Untersuchung klarzustellen haben.

— Eittingen, 19. Jan. (Aus dem Gemeinderat.) Nach einem Beschluß des Gemeinderats erhalten die unter die Familienunterstützung des Erwerbslosen fallenden schulpflichtigen Kinder derselben wöchentlich Besuchsstunden auf unentgeltliche Teilnahme an der Kindererziehung. Für die noch nicht schulpflichtigen Kinder unter 6 Jahren der Erwerbslosen wird bis auf weiteres täglich ein Guthaben für 1/2 Liter Milch ausbezahlt. Der Gemeinderat genehmigt ferner die Richtlinien für die Einföhrung zur Feuererschulung von Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern, Stufe 1 (15 M.) Inhaber von Wohnungen mit 4 Zimmern, Stufe 3 (5 M.) Inhaber von Wohnungen mit 3 Zimmern, Stufe 4 (3 M.) alle in den Stufen 1-3 nicht genannten Abgabepflichtigen. Bei Personen, die Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln beziehen, ist von einer Erhebung der Abgabe abzusehen, desgl. ist bei solchen, die noch in der Ausbildung begriffen sind und keine eigentlichen Einkommen haben. Abgabepflichtigen Personen, zur die die Bezahlung eine besondere Härte wäre, kann die Abgabe ganz oder teilweise erlassen werden. Familien mit drei und mehr Kindern werden bei der Zahlung nur mit der Hälfte der Abgabe belastet.

— Eittingen, 19. Jan. (Die Zahl der Arbeitslosen.) Die über den Stand der Erwerbslosen am 13. Januar vom Arbeitsamt ausgegebene Mitteilung weist 170 männliche und 35 weibliche Erwerbslose auf.

— Durlach, 19. Jan. (Fahrsing.) Gestern nachmittag hatte Oberbürgermeister Böllert 33 Vereinsnörkönde um sich versammelt, um über die Abhaltung von Fahrsingveranstaltungen mit ihnen zu verhandeln. Einleitend legte er die Stellung des Bürgerausschusses, des Stadtrats und der Regierung dar. Es konnte auf Befragen der einzelnen Vereinsnörkönde festgestellt werden, daß die große Mehrheit der Vereine von sich aus schon beschlossenen hatten, im Hinblick auf die schwere wirtschaftliche Lage in diesem Jahr von der Abhaltung von Fahrsingveranstaltungen abzusehen. Nur drei Vereine wollten einen Wagenball, drei weitere eine Korbball veranstalten. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in dieser Sache eine geschlossene Stellungnahme herbeigeführt werden solle. Nach eingehender Aussprache wurde erreicht, daß sämtliche hiesige Vereine, mit Ausnahme der Großen Karnevalsgesellschaft, von der Veranstaltung karnevalistischer Unterhaltungen, auch der sogenannten verkleideten, abzusehen. Nur der Großen Karnevalsgesellschaft sollen ein oder zwei Wagenbälle zugeföhrt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Reinertrag der Erwerbslosen hiesiger Stadt zuzuföhren soll. Oberbürgermeister Böllert konnte am Schluß feststellen, daß der Beschluß einstimmig geföhrt wurde und den Behörden als Richtlinien dienen könne.

— Bretten, 18. Jan. (Straßenbau.) Um die Steigung der Straße nach Hofsheim auszugleichen und die Gefährlichkeit der Krümmung am Hochberg zu verringern, ist man daran, die Straße zu verbreitern und die Krümmung wie eine Rennbahn zu „überböhden“.

— Mannheim, 19. Jan. (Ausbreitung gegen einen Sicherheitsbeamten.) Am Sonntag Abend setzte eine Abteilung eines Neckarauer Vereins über den Rhein. Dabei kam es zu Meinungsverschiedenheiten mit dem Fähmann, in deren Verlauf gebröht wurde, den Fähmann ins Wasser zu werfen. Dieser ließ zu seinem Schutze den Sicherheitskommissar Schneider von Ulrip verständigen. Dieser erschien bald mit dem Bürgermeister und fuhr mit dem Fähmann auf die badische Seite über. Dort waren noch etwa 50 Personen des Vereins, die darauf warteten, übergeföhrt zu werden. Der Sicherheitskommissar wollte die Leute beruhigen und sagte ihnen, daß sie ihre Beschwerden bei ihm anbringen möchten. Die Leute griffen jedoch den Beamten an und, als Schneider zur Waffe griff, wurde er von einem Mann von hinten angefaßt und in den Rhein geworfen. Die Fähre war indessen abgeföhrt. Der Täter warf nun mit Steinen nach dem Beamten, um zu verhindern, daß dieser das Ufer erreichen konnte. Erst als der Bürgermeister Revolverbeschüsse abgegeben hatte, ging der Täter flüchtig. Er konnte verhaftet werden.

— Mannheim, 19. Jan. (Projekt gegen das Fahrsingverbot.) Gestern nachmittag hielten im „Rosengarten“ Vertreter aller Branchen und Berufsstände, die an der Abhaltung von Karnevalsveranstaltungen interessiert sind, eine Besprechung ab und faßten eine Entschliesung, die besagt, daß das Verbot der badischen Regierung eher eine schwere Schädigung für die in Betracht kommenden Berufsgruppen und somit für einen großen Teil des Volkszensus, beim ein Vorteil für den Staat sei. Die Versammlung sei entschlossen, darauf hinzuwirken, daß die Verordnung aufgehoben werde. Die Entschliesung soll dem badischen Innenminister durch eine Abordnung überreicht werden.

— Mannheim, 19. Jan. (Maimarklotterie.) Dem Landwirtschaftlichen Bezirksverein Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Maimarklotterie erteilt.

— Schwetzingen, 19. Jan. (Ehrtung des Bürgermeisters.) Anläßlich des 50. Geburtstages des hiesigen Bürgermeisters Johannes Göb wurden ihm durch eine Abordnung des Gemeinderates und des Verwaltungsrates der Städtischen Sparkasse die Glückwünsche der Bürgererschaft übermittelt. Bürgermeister Göb hat es in den zwei Jahren, die er an der Spitze der hiesigen Stadtverwaltung steht, verstanden, sich die Sympathien von jedermann zu erziehen.

— Obergingen b. Sinsheim, 19. Jan. (Von der Bühne gestürzt.) Am Sonntag Abend während der Fütterungszeit wollte der 12jährige Sohn des Landwirts Michael Gabel von hier von der Bühne her absteigen, machte einen Fehltritt und fiel aus beträchtlicher Höhe auf die Tenne herab. Mehrere Stunden blieb der Verunglückte bewußtlos. Die Verletzungen am Kopf und wahrscheinlich auch im Innern sind recht schwer, so daß der Knabe kaum mit dem Leben davonkommen wird.

— Elshausen b. Kastatt, 19. Januar. (Fischpacht.) Am Samstag versteigerte die hiesige Gemeinde auf weitere sechs Jahre ihre Fischpacht. Es ist dies ein kleiner Teil der Altwasser, der nur bei Hochwasser sichtbar ist. Die Pacht, die bisher 9 Reichsmark jährlich betrug, wurde auf 47 Reichsmark gesteigert.

— Kehl, 19. Jan. (Notstandsarbeiten.) Der Gemeinderat hat beschlossen, die Hauptstraße vom ehemaligen Dorf Kehl sowie die Nebenstraßen zu kanalisieren unter der Voraussetzung, daß von der Reichsregierung und der Landesregierung Zuschüsse und billige Darlehen gewährt werden. Auf diese Weise könnten auch zahlreiche Erwerbslose beschäftigt werden. Der Plan der Kanalisierung ist bereits vor dem Kriege ausgearbeitet worden, mußte aber zurückgestellt werden.

— Kehl, 19. Jan. (Das Jahresprogramm des Verkehrsvereins.) In der letzten Sitzung des Verkehrsvereins teilte der Bürgermeister mit, daß rund die Hälfte der Bevölkerung von Kehl jetzt direkt oder indirekt aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müsse einschließlich derer, die von städtischen Baudarlehen, Entlohnungen usw. leben. Der Bürgermeister forderte auf, von allen Fahrsingveranstaltungen Abstand zu nehmen. Aus dem Jahresprogramm des Verkehrsvereins wurde mitgeteilt, daß zu Pfingsten in Kehl ein Ratschreibertag abgehalten werden soll mit Einweihung der bis dahin fertiggestellten neuen Stadthalle. Für den 30. Mai ist ein Sängerfest des Ortenau-Dos-Sängergaues vorgesehen. Anfangs Oktober soll eine große Hanauer Woche mit landwirtschaftlicher Ausstellung usw. stattfinden, verbunden mit einem Wäffelfest des Hanauer Musikvereins, der in diesen Tagen sein 20jähriges Bestehen feiern kann. Auch ein Spinnfest ist für diese Zeit vorgesehen. Ferner ist man bemüht, ein großes internationales Sportfest nach Kehl zu bekommen.

— Marlen, 19. Jan. (Unfall.) Letzte Woche erlitt der Landwirt Ludwig Krutz von hier auf der Landstraße zwischen Marlen und

Sundheim dadurch einen Unfall, daß sein Pferd vor einem entgegenkommenden Kraftwagen scheute und in die Höhe hinaufsprang. Dadurch, daß der Führer des Kraftwagens sofort anbröht, als er die Gefahr erkannte, wurde größeres Unglück verhütet. Der Wagen des Krutz wurde erheblich beschädigt und Krutz selbst vom Wagen geschleudert, so daß er Verletzungen an Schulter und Rücken davontrug. Die Verletzungen sind nicht ernster Natur.

— Marlen, 19. Jan. (Gemeindebürger.) Auf Jahreseschluß 1925 betrug die Gesamtzahl der Gemeindebürger 999; darunter befinden sich 224 ortsbewohnde, mithin 775 ortsanwesende Bürger und unter diesen wieder 104 Bürgerwitwen. Auf Jahreseschluß 1924 betrug die gesamte Bürgerzahl 998.

— Marlen, 19. Jan. (Jagdverpachtung.) Kürzlich wurde hier die Gemeindejagd in öffentlicher Versteigerung verpachtet. Da der Anschlag mit 2000 Mark für keines der beiden Angebote wurde, hat sich der Gemeinderat die Zuschlagserteilung bis zum 20. Januar vorbehalten.

— Freiburg, 19. Jan. (Schneereicher Winter. — Der Schneeeinbruch.) Im Gegensatz zu den schneearmen Wintermonaten 1924/25 läßt es der heutige Winter nicht an Schnee fehlen. Gewaltige Mengen der weißen Wintergabe sind in den letzten Tagen niedergegangen. Man wird Jahre zurückdenken müssen, bis man sich wieder solcher Schneemassen erinnern kann, wie sie am Montag morgen in Freiburg lagerten. Mitham arbeiteten sich Fuhrwerke, Kraftwagen und Handwagen über die vom Schnee noch nicht behrteft gemachten Straßen und Plätze. Vor eine schwierige Aufgabe sah sich die städtische Straßenreinigung im Kampfe gegen die Schneemengen gestellt. Zum erstenmal trat ein aus Hamburg bezogener Schneepflug in Tätigkeit, der, mit Benzinkraft betriebene nach Bedarf zu einem Lastwagen oder im Sommer zu einem Sprengwagen umgewandelt werden kann. Dieser Schneepflug mit seinen beweglichen Schaufeln legt den Schnee bis hinunter auf das Straßenpflaster mit unübersehblicher Gewalt zur Seite. Außer dem Schneepflug beteiligten sich zur Beiseitenschaffung der Schneemassen acht Wagenschlitten. Auf Pferdewagen und Lastwagen wird der Schnee nach den Wasserläufen oder vor die Stadt abgeföhrt. Zur weiteren Bewältigung der Arbeit wurden etwa 100 Erwerbslose herangezogen.

— Königshausen a. R., 19. Jan. (Jubiläum des Männergesangsvereins.) Am 9. Mai d. J. begeht der hiesige Männergesangsverein die Feier seines 60jährigen Bestehens. Die Bundesleitung des Badischen Sängerbundes hat die Genehmigung erteilt, daß an diesem Tage ein Wettgesingen für die Vereine des Oberlandes veranstaltet wird.

— St. Georgen (Schwarzwald), 19. Jan. (Die Wasserverordnung.) Schon seit langem bereitet die Wasserverordnung unferen Stadtvätern große Sorgen. Der Gedanke des Ankaufs der Mühlenbachquelle war in letzter Zeit aufs neue wieder aufgegriffen worden. Am letzten Samstag fanden Verhandlungen mit der Gemeinde Buchenberg statt. Nach langen Erörterungen wurde in gehelter Abstimmung das Angebot der Stadtgemeinde St. Georgen, das als Kaufpreis 18 000 Mark vorlag, als zu niedrig abgelehnt. Die Gemeinde Buchenberg hatte in dieser Sitzung zunächst 30 000 Mark geföhrt, war dann aber auf 25 000 Mark zurückgegangen. Nach Ablehnung des Angebots von St. Georgen wurde auch auf die Möglichkeit der Zwangsenteignung der Quelle hingewiesen. Man hofft jedoch, noch auf die eine oder andere Weise zu einer Einigung zu kommen.

— Willingen, 19. Jan. (Die Fastnacht.) In der Generalversammlung der Willinger Narrenzunft am Sonntag kam man dahin überein, trotz der schweren Zeit die Fastnacht zu feiern, und zwar war in erster Linie die Tatsache maßgebend, daß in diesem Jahre 25 Jahre seit der Wiederaufrichtung der Narrenzunft verfloßen sind. Der übliche Umzug am Fastnacht-Dienstag wird jedoch ausfallen, während am Montag ein Umzug in größerem Rahmen stattfinden wird. Der Narrenzunft findet am 30. Jan. statt. Es wurde weiter beschlossen, den Arbeitslosenangehörigen der Zunft nach der Fastnacht eine Unterstützung zu gewähren.

— Donaueschingen, 19. Jan. (Eine hochherzige Stiftung machte der Fürst zu Fürstenberg dem Benediktinerkloster in Beuron. Er identke dem Kloster das Gold aus den Schmuckstücken der in Baden-Baden verstorbenen Prinzessin Anne-Lise zu Fürstenberg. Aus diesem Gold wurde ein Reich angefertigt, den der Fürst heute nachmittag in einer internen Feier im Kloster Beuron, an der die Damen mit päpstlicher Erlaubnis teilnehmen durften, den dortigen Benediktinern mit einer Ansprache überreichte.

— Wöhlingen (Amt Stodach), 19. Jan. (Schwerer Unfall.) Heute vormittag war hier der 20 Jahre alte Telegraphenarbeiter Werner aus Geisingen mit Abladen von Telegraphenstangen beschäftigt. Dabei fiel ihm eine Stange so unglücklich auf den Kopf, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Zustand des Verunglückten ist besorgniserregend.

— Mählingen (Amt Stodach), 19. Jan. (Ein Gaunerpaar.) Vorgestern Abend gegen 10 Uhr erschienen in der Bahnhofrestauration Menz ein Herr und eine Dame mit Reiseföhren und hatten um Ueberrnachtung. Menz entsprach diesem Wünsche und stellte in entgegenkommender Weise, da bereits alle Zimmer belegt waren, eines seiner Privatzimmer zur Verfügung. Als aber Menz am anderen Morgen seine Kleiderschränke einer feinen Untersuchung unterzog, mußte er feststellen, daß das nette Paar einen Umzug und einen Herrenpelz mit Mütze hatte mitgehen lassen. Sofortige Anzeige und rasche Nachforschungen hatten Erfolg, so daß die gestohlenen Sachen bis auf den Pelz ihrem Eigentümer wieder zugeföhrt werden konnten. Mit einer ordentlichen Tracht Prügel soll nicht gespart worden sein.

— Weersburg, 19. Jan. (Ein Festseller aufgedeckt.) Bei den Arbeiten unter dem neuen Schloß ist jetzt ein Festseller aufgedeckt worden, der im Jahre 1590 gegraben wurde. Der Festseller dürfte zur Aufbeahrung des Hausstranges gebildet haben.

— Konstanz, 19. Januar. (Seitene Wintergäste.) Unter der zahlreichen Mövenschlar am Konstanser Hafen befinden sich zurzeit zwei dunkelfarbige, graubraune Mövön von ungewöhnlicher Größe. Es handelt sich um Raubmövön, deren Brutplätze an der Nordküste Sibiriens liegen.

Aus den Nachbarländern.

— Landau, 19. Jan. (Ausgebrochene Geisteskrank.) Aus der pfälzischen Landesirrenanstalt Klingenstein sind drei Geistesranke ausgebrochen. Bis jetzt fehlt noch jede Spur von den Flüchtigen.

— Gmüden, 19. Jan. (Wildschweinplage im Pfälzerwald.) Die Wildschweinplage wird im Pfälzerwald geradezu unerträglich. In Rudeln von 20 bis 30 Stück kommen sie bis in die nächste Nähe der Dörfer und richten großen Schaden an.

Der neue Zeitungskatalog von Rudolf Mosse.

Wäntlich zur Jahreswende ist der große Zeitungskatalog der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse für das Jahr 1926 erschienen. Die träge Zeit wirtschaftlicher Not, in die diesmal die Drangsal des Kataloges fällt, scheint, wenn nicht alle Ansichten trügen, ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Bald wird es wieder Hauptaufgabe der deutschen Gesellschaft sein, den kommenden wirtschaftlichen Aufstieg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzubereiten, um mit Erfolg in dem allgemeinen Wettbewerb bestehen zu können. Den deutschen Kaufmann hat stets und zu allen Zeiten ein gesunder Unternehmungsgeist und das Streben, sich auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Arbeitsmethoden zu vervollkommen, ausgezeichnet. Dieses Streben hat neben vielen anderen seinen unpoetischen Ausdruck in der ausgiebigen Verwendung der als Werbemittel erprobten Zeitungsreklame gefunden. Wägen Werbemittel anderer Art da und dort zu Versuchen verlockt haben — schließlich hat die Erfahrung doch immer wieder auf den Weg der Zeitungsreklame als des erfolgreichsten Mittelweges des Reklame Brauchenden und Verbräuchenden Kaufmanns hingewiesen. Um seine Pläne nach dieser Richtung hin festzusetzen und auszuführen, wird der neue Mosse-Katalog jedem Unternehmer die wertvollste Unterstützung bieten. Der textliche Teil ist mit der grüßten Sorgfalt bearbeitet und berückföhrt — was für den Exporteur von hervorragendem Werte ist — die ausländische Tages- und Wochenpresse in besondere Ansehnlichkeit. Der Anzeigenteil des Kataloges mit den eingehenden Angaben der Verleger über die Bedeutung und den Anzeigenswert der einzelnen Blätter bietet dem Interenten eränsende wichtige Einzelheiten. Mit Recht wird der Mosse'sche Zeitungskatalog ein unentbehrliches Werkzeug für den durch das gesamte Zeitungswesen genant.



















